



Liste Bürgerbeteiligung und Umweltschutz

Klimaschutz – weltweit und lokal existenziell, aber nicht in allen Köpfen!

Der wärmste März, den wir je hatten, ist nun vorbei. Im Sudan, Kenia und Somalia verursacht eine extreme Dürre Hunger, Krankheit und den Tod vieler Menschen. In Peru und Kolumbien toben sintflutartige Regenfälle und schwemmen ganze Ortschaften weg, Menschen werden obdachlos. In den Vereinigten Staaten von Amerika friert der Präsident die Klimaschutzprogramme ein und gibt den Leugnern des Klimawandels eine starke Stimme.

In Tuttlingen werden im Gemeinderat Klimaschutzaktivitäten der Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen – oder auch nicht!

Die Liste Bürgerbeteiligung und Umweltschutz (LBU) hält es für gut und wichtig, wenn die Stadt Absichtserklärungen und Bekenntnisse zum Umwelt- und Klimaschutz abgibt und Anweisungen zum konkreten Handeln in der Verkehrs- und Bauleitplanung festlegt. Beim Thema Wohnbebauung sind wir aufgerufen, flächenschonend zu bauen und somit dem mehrgeschossigen Wohnungsbau, Reihen- und Doppelhäusern den Vorrang zu geben. Wenn wir in einer Generation unser Wasserschutzgebiet in der Nordstadt im Baugebiet Thiergarten, jenseits der Rußbergstr. versiegeln, wird die nächste Generation mit großer Wahrscheinlichkeit unseren Trinkwasserbrunnen im darunter gelegenen Riedgraben nicht mehr nutzen können und sich vollständig vom Bezug des Bodenseewassers abhängig machen müssen. Warum die Klimaschutzklärung der Stadt mit CDU-, FDP- und FWV-Stimmen in diesem Punkt verwässert wurde, erschließt sich der LBU-Fraktion nicht!

Thema Verkehr: Beim Ausbau des Radwegenetzes kommen wir in Tuttlingen nicht voran, die Radwegeachsen sind oft unterbrochen von breiten Straßen, Fußgänger und RadlerInnen kommen sich in die Quere, weil der motorisierte Individualverkehr – sowohl fürs Parken als auch für die Straßen selbst - zu viel Platz braucht. 62% der Mitarbeiter der Stadtverwaltung wohnen in guter Zweiradentfernung zwischen 0 und 10 km, bei vielen Privatfirmen und dem Landratsamt wird es ähnlich sein. Sorgen wir dafür, dass diese Menschen sicher und klimaschutztechnisch vorbildlich zu ihrer Arbeit kommen!

Tempo 30 bringt Ruhe in die Stadt und macht das Leben für Fußgänger (innen) und Radler(innen) sicherer und entspannter. Was hat die Autofahrerfraktionen geritten, dass sie den Vorrang für Tempo 30 in der erweiterten Innenstadt aus den Klimaschutzvereinbarungen mit ihrer Mehrheit heraus gestrichen haben. Wir als LBU-Fraktion verstehen dies nicht, es geht ja schließlich auch um Anwohnerschutz.

Bleibt das Jobticket für den ÖPNV als Erfolgsgeschichte einiger Firmen wie Aesculap, Karl Storz und Kreissparkasse sowie öffentliche Verwaltungen. Bis zu 8 Monatskarten im Jahr werden erstattet. Die Firmen und öffentlichen Verwaltungen haben bei ihren Pendler(innen) Zuwachs zu verzeichnen. Stau und Parkplatzprobleme kennen die Bahn- und Busfahrer(innen) nicht und Geld wird gespart für Nutzer und Firmen, die weniger Parkplätze vorhalten oder neu bauen müssen. Weitere Arbeitgeber könnten bald Jobtickets für ihre Mitarbeiter(innen) anbieten.

Kann das sein, dass so manche(r) Bürger(in) da im Denken und Tun schon weiter ist als gewisse Fraktionen im Gemeinderat?